

Berliner Appell der 294 Landkreise

Heimat gestalten. Zukunft sichern.

**Kommunalfinanzen stabilisieren
Sozialstaat zukunftsfähig machen
Bürokratie wirksam abbauen**

Die 294 deutschen Landkreise fordern von Bund und Ländern ein sofortiges und entschlossenes Handeln. Die Haushalte der Landkreise, Städte und Gemeinden haben das Jahr 2025 erneut mit einem Rekorddefizit von ca. 30 Mrd. € abgeschlossen, die Rücklagen sind vielerorts aufgebraucht, Investitionen in Kitas, Schulen, Straßen oder den ÖPNV brechen ein, Kassenkredite steigen in bedrohlichem Maße – bei den Landkreisen besonders stark – und freiwillige Leistungen, die kommunale Selbstverwaltung lebendig halten, müssen gestrichen werden.

So kann es nicht weitergehen! Bis grundlegende Reformen greifen, braucht es deshalb eine sofort wirksame Überbrückung: Der Bund muss den kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer befristet um 10 Prozentpunkte anheben. Das würde die kommunale Ebene kurzfristig um die fehlenden 30 Mrd. € stärken und sie stabilisieren. Wenn Bund und Länder neue Aufgaben beschließen oder Standards erhöhen, müssen sie die Kosten vollständig, dauerhaft und rechtzeitig tragen. „Wer bestellt, bezahlt“ – sofort, nicht später oder nur teilweise. Dieser Kostenausgleich darf weder von der Kassenlage noch vom politischen Belieben abhängen. Die Länder stehen dabei vor allem in der Pflicht. Der Bund muss gleichfalls seinen Teil beitragen.

Die Landkreise tragen den Sozialstaat Tag für Tag – bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, bei der Unterstützung von Menschen mit Behinderung, in der Kinder- und Jugendhilfe, in Pflege, Gesundheit und Integration. Gerade deshalb stellen wir fest: Ein starker Sozialstaat braucht nicht immer neue Leistungen, sondern Verlässlichkeit, Zielgenauigkeit und finanzielle Tragfähigkeit. Die besonders stark steigenden Ausgaben bei der Unterstützung von Menschen mit Behinderung, der Kinder- und Jugendhilfe und der Hilfe zur Pflege verdrängen inzwischen Zukunftsinvestitionen in Schulen, Straßen, Digitalisierung, Sicherheit und Daseinsvorsorge. Wer den Sozialstaat erhalten will, muss ihn deshalb zukunftsfähig aufstellen. Es darf keine neuen Leistungsversprechen mit neuen Ausgaben und neuem Verwaltungsaufwand geben. Wir fordern keinen sozialen Kahlschlag, sondern mehr Wirksamkeit, angemessene Eigenbeteiligungen und mehr pauschale Leistungen.

Dazu gehört, dass die kommunale Ebene nicht länger Ausfallbürge anderer Systeme sein darf. Was in die Verantwortung der Pflegeversicherung oder der Schulen gehört, darf nicht dauerhaft über die Eingliederungshilfe oder die Jugendhilfe finanziert werden. Pflegebedingte Leistungen müssen auch in besonderen Wohnformen verlässlich von den Pflegekassen getragen werden. Schulische Unterstützung muss in erster Linie von den Ländern und ihren Schulen organisiert und finanziert werden – nicht durch die kommunale Ebene.

Wer nicht arbeiten kann oder sich qualifiziert, muss weiterhin zuverlässig unterstützt werden. Wer aber arbeiten kann, muss stärker aktiviert werden.

In der Kinder- und Jugendhilfe sind strukturelle Korrekturen überfällig. Die Jugendämter brauchen wieder mehr Steuerungsmöglichkeiten bei der Belegung von Plätzen und bei der Entwicklung neuer Angebote. Jugendhilfeplanung muss verbindlicher werden. Pflegefamilien müssen gezielt gestärkt werden. Die Fortsetzung kostenintensiver Hilfen für junge Volljährige darf nicht zum Regelfall werden. Und dort, wo einzelne Fallkonstellationen zu extremen Belastungen führen, müssen die Länder stärker mit in die Verantwortung genommen werden.

Ebenso dringlich ist ein echter Bürokratieabbau, der eine zentrale Voraussetzung dafür ist, dass der (Sozial)Staat leistungsfähig und die Verwaltung vor Ort handlungsfähig bleibt. Zu viel Zeit, Geld und Personal fließen in komplizierte Zuständigkeitsklärungen, überzogene Dokumentationspflichten, aufwendige Bedarfsermittlungen und langwierige Genehmigungs-, Erstattungs- und Abstimmungsverfahren. Das schwächt den Staat. Wir brauchen deshalb einfachere und schlankere Verfahren in der Eingliederungshilfe und in der Kinder- und Jugendhilfe. Aber auch bei Genehmigungen von Bauprojekten, Betriebsgründungen und Planungsverfahren brauchen wir vollständig digitale Verfahren. Dafür stehen die Landkreise bereit.

Die 294 Landkreise erwarten jetzt Mut zu Reformen. Berlin muss die kommunalen Finanzen sofort stabilisieren, den Sozialstaat zukunftsfähig machen und Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung von unnötiger Bürokratie entlasten. Handlungsfähige Kommunen sind die Grundlage für einen funktionierenden Staat, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für das Vertrauen der Menschen in die Demokratie. Wer den Staat leistungsfähig erhalten will, muss jetzt seine Basis stärken.

Die Landkreise reichen die Hand, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

Berlin, den 8.6.2026

(Beschluss der Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages)